

Außerordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
26. - 27. Januar 2018, Hannover

Gremium: Bundesvorstand
Beschlussdatum: 14.12.2017
Tagesordnungspunkt: A Aktuelle Debatte: Zukunft ist, was wir draus machen

- 1 Durch den Wahlkampf und die anschließenden Jamaika-Sondierungsgespräche ist es uns
2 gelungen,
- 3 Klimaschutz und einer ökologisch-sozialen Politik wieder einen hohen Stellenwert zu geben.
- 4 All das gelang nur gegen den oft erheblichen Widerstand anderer Parteien. Die Erfahrung der
5 letzten Wochen zeigt, wie wichtig eine engagierte, kontinuierliche und beharrliche grüne
6 Politik ist. Jetzt, in der sich abzeichnenden Opposition, ist es unsere Aufgabe, grüne
7 Politik kreativ umzusetzen und unseren Themen Einfluss und Geltung zu verschaffen.
- 8 Schon mit bündnisgrüner Regierungsbeteiligung wäre es sehr schwierig geworden, die
9 deutschen
10 Klimaziele zu erreichen. Ohne uns sind sie faktisch verloren. Denn alle anderen politischen
11 Kräfte scheuen konkrete Vorschläge wie einen schnellen Kohleausstieg oder eine
12 emissionsfreie Mobilität. Und auch in vielen anderen Bereichen gilt: Grün macht den
13 Unterschied. Wenn es um eine starke weltoffene Gesellschaft geht, in der wir Integration
14 fördern und die sich durch eine humane und rechtsstaatliche Flüchtlingspolitik auszeichnet.
15 Wie wir eine menschenrechtsbasierte Außenpolitik verwirklichen können, die die
16 Globalisierung gerecht gestaltet, Fluchtursachen bekämpft und auf eine faire Handelspolitik
17 setzt. Bei der Aufgabe, den Zusammenhalt eines starken und vereinten Europas zu sichern.
18 Dabei, wie eine gerechte Verteilung zwischen starken und schwachen Schultern aussieht, wie
19 die skandalöse Kinderarmut in unserem vermögenden Land beendet und gerechte
20 Bildungschancen
21 für alle Kinder – egal aus welchem Elternhaus – erreicht werden können. Ebenso dabei, wie
22 wir die sozialen Sicherungssysteme fit für die Zukunft machen, die Zweiklassenmedizin
23 abschaffen, Altersarmut beenden und zu gleichen Rechten und Möglichkeiten für Frauen und
24 Männer kommen – überall sind unsere Antworten gefordert wie nie.
- 25 Und auch das haben die Sondierungen gezeigt: Es kann keine Rede davon sein, dass alle
26 Parteien mehr oder weniger gleich sind. Die Unterschiede zwischen den Parteien in wichtigen
27 Feldern sind teilweise tiefgreifend. Es ist ein großer Gewinn für unsere Demokratie, wenn
28 diese Unterschiede zum Ausdruck kommen. Es gibt wahrhaft keinen Grund für Verdruss an der
29 Demokratie. Meinungsstreit und Wertekonkurrenz sind so lebendig wie selten. Unser Anspruch
30 ist es, langfristige Visionen und konkretes Handeln zusammenzubringen, um unsere Zukunft zu
31 gestalten. Wir wollen Verantwortung für gesellschaftlichen Fortschritt übernehmen. Dafür ist
32 unser Maßstab im Handeln: Wie können wir das Leben der Menschen heute und in Zukunft
33 konkret
34 verbessern und unsere Lebensgrundlagen schützen? Als progressive Kraft der linken Mitte
35 haben wir den Anspruch, die Debatten in diesem Land, in Europa und weltweit in diesem Sinne
36 voranzutreiben. Wir wollen den Menschen in Zeiten der Verunsicherung Orientierung bieten,
37 mögliche Weichenstellungen aufzeigen. Wir setzen auf ein starkes Gemeinwesen als Rahmen, in

34 dem sich Einzelinteressen entfalten. Wir schützen unseren Planeten. Wir schauen nicht nur
35 auf Deutschland, sondern haben Europa und die ganze Welt im Blick.

36 Es muss auch und gerade unsere Aufgabe sein, Orientierung und Halt zu geben, um dem
37 Erstarken der antidemokratischen Kräfte und autoritären Tendenzen entgegenzuwirken. Indem
38 wir daran arbeiten, dass unsere Gesellschaft durch Solidarität und Zusammenhalt gewinnt,
39 statt dass sie durch Ausgrenzung und gnadenlosen Wettbewerb verliert. Durch eine Vielfalt an
40 spannenden politischen Alternativen. Und nicht zuletzt durch ein starkes grünes Angebot. Wie
41 auch immer sich der politische Prozess in diesem Land weitergestalten wird, wir stehen
42 bereit, ihm einen starken grünen Stempel aufzudrücken. Egal ob aus der Opposition, in
43 Regierungsverantwortung, bei einer Minderheitsregierung oder auch, falls es zu Neuwahlen
44 kommen sollte: Wir werden entschieden für unsere Inhalte eintreten. Wir Grünen werden in den
45 Ländern und Kommunen, im Bund und in Europa für die grüne Sache kämpfen – mit unseren
46 Mitgliedern, mit unseren Abgeordneten und Regierungsmitgliedern, mit Unterstützer*innen in
47 allen gesellschaftlichen Bereichen.

48 Wir bleiben eine Partei in Bewegung. Wir werden weiterhin den engen Schulterschluss mit
49 unseren Bündnispartner*innen suchen und noch intensivieren. Die sich abzeichnenden
50 ökologischen Katastrophen im Klimabereich oder beim Artensterben, aber auch die Umsetzung
51 einer humanitären Flüchtlingspolitik und die Verringerung der sozialen Spaltung in diesem
52 Land brauchen Druck im Parlament und durch die Zivilgesellschaft. Für unsere Positionen
53 werben wir auf der Straße und im Netz gemeinsam mit vielen anderen, die für die gleichen
54 Ziele streiten. Wir setzen auf Bündnisse mit den Umweltverbänden, mit den vielen - oft
55 ehrenamtlichen - Flüchtlingshelfer*innen, mit den fortschrittlichen Gewerkschaften und
56 Unternehmen, die die Zeichen der Zeit erkannt haben und eine Brücke bauen zwischen Umwelt
57 und Wirtschaft, mit Menschen, die sich für eine gerechte Welt einsetzen, die Menschenrechte,
58 Gleichberechtigung und Rechtsstaatlichkeit hoch halten, die Nazis und Rassist*innen die rote
59 Karte zeigen, die sich für gleiche Rechte von allen Menschen, egal welchen Geschlechts,
60 einsetzen. Darüber hinaus sind wir als Partei Ansprechpartnerin für alle, die gemeinsam mit
61 uns die ökologisch-soziale Modernisierung vorantreiben und unser Land innovativer und
62 kreativer machen wollen. Wir haben in den letzten beiden Jahren einen deutlichen
63 Mitgliederzuwachs verzeichnet und sind so viele Grüne wie noch nie. Dieses Wachstum wollen
64 wir fortsetzen und noch mehr Menschen für Grün begeistern.

65 Auch wenn die Bundesregierung noch nicht gebildet ist, dreht sich die Welt weiter. Im
66 Bundestag stehen wichtige Entscheidungen an. Im März 2018 läuft endlich die Aussetzung des
67 Familiennachzugs für subsidiär Geschützte aus. Diese Aussetzung des Familiennachzugs
68 widerspricht nicht nur dem Schutz der Familie im Grundgesetz und humanitären Grundwerten,
69 sondern sie steht einer gelingenden Integration im Wege. Eine Trennung von Müttern, Vätern
70 und ihren Kindern über den März 2018 hinaus wird von uns Grünen keine Zustimmung erhalten.
71 Wir werden mit einem breiten gesellschaftlichen Bündnis die gesellschaftliche Mehrheit für
72 den Familiennachzug in eine politische Mehrheit übersetzen und die Regelung auslaufen
73 lassen. Wir streiten für eine humanitäre Flüchtlingspolitik, geordnete, rechtsstaatliche
74 Verfahren und das uneingeschränkte Grundrecht auf Asyl.

75 Nach dem unverantwortlichen Alleingang von CSU-Landwirtschaftsminister Schmidt in Brüssel
76 geht es uns jetzt um Schadensbegrenzung. Auch wenn nationales Handeln nur der zweitbeste
77 Weg
ist, müssen wir jetzt in Deutschland den Glyphosatausstieg einleiten, so wie es andere

78 europäische Länder bereits angekündigt haben. Wir brauchen Anwendungsverbote von
79 Glyphosat,
80 zum Beispiel in öffentlichen Parks und auf Spielplätzen. Doch das Hauptproblem ist der
81 massive Glyphosateinsatz auf den Äckern. Unser Ziel ist daher, den Glyphosateinsatz hier
82 deutlich zu reduzieren und nach einer Übergangszeit mit den Bäuerinnen und Bauern ganz auf
83 umweltfreundliche Alternativen umzusteigen. Für uns zählt jeder Acker, jede Kommune, jeder
84 Grünstreifen in jedem Bundesland: Wir werden gegen Gift kämpfen, damit wir dem Artensterben
85
86

85 **Kommende Aufgaben**

86 **Wahlergebnis weiter auswerten**

87 Wir haben damit begonnen, unser grünes Wahlergebnis mit vielen Aktiven auszuwerten. Das
88 werden wir fortsetzen und daraus werden wir Konsequenzen ziehen, um für die kommenden
89 Wahlen
90 zu lernen.

90 **Bündnisgrün in den Ländern stärken**

91 In den kommenden Jahren stehen wichtige Wahlen an. 2018 werden die Landtage in Bayern und
92 Hessen gewählt. Unsere Freundinnen und Freunde in den wahlkämpfenden Landesverbänden
93 werden
94 wir als Gesamtpartei mit aller Kraft unterstützen. Denn es geht um viel. In Bayern wollen
95 wir einen kraftvollen, eigenen Gestaltungsanspruch erheben. Unser Ziel ist es, erstmals in
96 Bayern ein gutes, zweistelliges Ergebnis zu erreichen und unsere grünen Ideen in
97 Regierungsverantwortung umzusetzen. Wir werden die CSU deutlich in ihre Schranken weisen
98 und
99 sie inhaltlich stellen - in der Integrationspolitik, beim maßlosen Flächenverbrauch und der
100 damit einhergehenden Zerstörung der Heimat und zeigen, wie es besser geht. Bayern ist
101 längst weiter als die CSU - die Menschen in Bayern haben die ewige Quertreiberei der CSU in
102 der Bundespolitik satt. In Hessen wollen wir als eine starke eigenständige Gestaltungskraft
103 in die Wahlauseinandersetzung gehen. Mit einem starken Ergebnis haben wir die Chance, Teil
104 einer Landesregierung zu bleiben. Wir haben die Richtung der Politik in Hessen geändert und
105 wir sind noch nicht am Ziel. Unser Motto lautet: „Grün wirkt weiter - #Hessen 2025“. Hessen
106 soll weiter grüner und gerechter werden und weltoffen bleiben.

105 **Bündnisgrüne als gesamtdeutsche Partei**

106 2019 stehen die Landtagswahlen von Sachsen, Brandenburg und Thüringen an, dazu kommen
107 Kommunalwahlen im Frühjahr 2019 in allen fünf ostdeutschen Bundesländern. Es sind für uns
108 entscheidende Wahlen, um unseren Charakter als gesamtdeutsche Partei zu bestätigen. Daher
109 werden wir gemeinsam mit den Landesverbänden frühzeitig diese Wahlen vorbereiten. Das
110 bedeutet vor allem auch, die Strukturen in diesen Ländern zu stärken, damit wir bei den
111 anstehenden Wahlen und darüber hinaus zulegen und uns entschieden für die bündnisgrüne
112 Sache
113 einsetzen können.

113 **Europawahl vorbereiten**

Wir bereiten uns intensiv auf die Europawahl im Frühjahr 2019 vor. Diese Wahl wird entscheidend sein, wie sich die EU in den kommenden Jahren entwickeln wird. Packen wir die Zukunft Europas gestaltend an, wie Frankreichs Präsident Macron in seinen Reformvorschlägen anregt? Oder werden im Zuge des Austritts Großbritanniens aus der EU die auseinanderstrebenden Kräfte gestärkt? Wir stehen für eine starke EU, die auch in Zeiten von Globalisierung und Digitalisierung soziale und ökologische Rechte setzen kann. Sie gerät aber derzeit stark unter Druck von Rechtspopulist*innen, völkischen Nationalist*innen und Europafeind*innen. Diesen bieten wir die Stirn und setzen auf eine bessere EU, die Umwelt- und Klimaschutz, den Abbau sozialer Ungleichheit, Demokratie und Rechtstaatlichkeit, Freiheit und Frieden, Solidarität und Weltoffenheit ins Zentrum stellt. Unser Ziel für die Europawahl 2019 ist es, das bisher beste grüne Ergebnis bei bundesweiten Wahlen zu erreichen, um wieder eine starke und gesamteuropäische Grüne Fraktion in Brüssel zu stellen. Dafür werden wir auf einer BDK bis Ende 2018 ein überzeugendes Programm beschließen (mit den gleichen Antragsfristen wie bei der letzten Bundestags- und Europawahl) und eine schlagkräftige Liste aufstellen. Dazu wollen wir auf europäischer Ebene mit einem Programm der European Green Party und europäischen Spitzenkandidat*innen in einer grün-europäischen Kampagne einen klar proeuropäischen Wahlkampf führen. Wir wollen für ein besseres Europa kämpfen - an der Seite von progressiven Bewegungen und über die Landesgrenzen hinweg. Wir sind die Europapartei.

Demokratie stärken, Rechtsextremismus bekämpfen

In einem breiten Bündnis gegen Rechts stehen wir an der Seite der Zivilgesellschaft, mit der wir zusammen gegen Rechtsextremismus und für eine freiheitliche, plurale, demokratische und weltoffene Gesellschaft streiten. Antisemitismus in all seinen Erscheinungsformen und anderen Formen gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit treten wir entschieden entgegen. Gewalt als Mittel der politischen Auseinandersetzung lehnen wir ab.

Die Grüne Rechtsextremismuskommision des Bundesvorstandes wird auch in den kommenden Jahren zusammen mit grünen Rechtsextremismusexpert*innen aus Bund und Ländern, der Wissenschaft und Zivilgesellschaft Strategien gegen Rechts erarbeiten und evaluieren.

Es gilt auch, der Verstärkung rechter Rhetorik in unserem öffentlichen Diskurs und den Parlamenten verstärkt und strategisch entgegenzutreten. Mit Schulungen, Seminaren und konkreten Handreichungen wollen wir unsere Mitglieder fortbilden, damit sie gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, Antisemitismus und rechtsextreme Narrative erkennen und dagegen halten können. Auch die zahlreichen zivilgesellschaftlichen Institutionen in diesem Bereich verdienen staatliche und politische Unterstützung und Anerkennung. Jeglichen staatlichen Generalverdacht und Druck gegen zivilgesellschaftliche Akteure, etwa anlasslose Überwachungen durch den Verfassungsschutz, lehnen wir ab.

Programmatik neu vermessen und Beteiligung stärken

Für uns als Partei steht 2020 der 40. Geburtstag an. Auf der BDK im November 2016 haben wir beschlossen, dass wir aus diesem Anlass ein neues Grundsatzprogramm erarbeiten und unsere Beteiligungsmöglichkeiten durch die Chancen von Digitalisierung ausweiten. Unser aktuelles Grundsatzprogramm „Die Zukunft ist Grün“ hat uns gute Dienste geleistet. Aber seit dem

155 Beschluss im Jahr 2002 hat sich die Welt weitergedreht. Die Digitalisierung und
156 Automatisierung stellt unsere Gesellschaften vor neue Herausforderungen und bietet
157 gleichzeitig neue Chancen. Der gesellschaftliche Zusammenhalt ist brüchiger geworden,
158 während die Globalisierung die Welt näher zusammenwachsen hat lassen. Die Klimakrise und
das

159 Artensterben haben sich beschleunigt. Die globalen Machtverhältnisse haben sich verändert.
160 Europa steht vor neuen Aufgaben. Für uns gilt es, unsere grünen Antworten auf diese
161 Herausforderungen anzupassen.

162 Im Prozess zum Grundsatzprogramm werden wir alle Ebenen der Partei einbinden und die
163 Beteiligungsmöglichkeiten deutlich ausweiten. Zur Steuerung und Koordinierung des Prozesses
164 bitten wir den Bundesvorstand, eine Grundsatzkommission einzusetzen. Der Startschuss für die
165 Erarbeitung soll in der ersten Jahreshälfte 2018 gegeben werden. Die Mitglieder, die
166 Landesverbände und Bundesarbeitsgemeinschaften sollen in zwei Diskussionsphasen
eingebunden

167 werden. Der gesamte Prozess soll durch einen online-gestützten Beteiligungsprozess begleitet
168 werden. Dabei sollen mit inhaltlichen Mitgliederbefragungen und elektronischen
169 Mitgliederbegehren neue Wege der Beteiligung gegangen werden. Wir werden dabei auf die
170 gleichberechtigte Beteiligung von Frauen achten. Als Bewegungspartei wollen wir auch unsere
171 Bündnispartner in den Prozess einbeziehen und uns mit ihren Forderungen auseinandersetzen.

Begründung

mündlich